Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld. für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil: F. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 79

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 1. Februar.

1894

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung vom 31. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die erste Berathung des **Finanzreformgesetzes** wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **v. Frege** (dk.): Nach den Ausführungen der Regierungsvertreter weiß ich kaum noch, was gegen die Vorlage vorzubringen wäre. Aber Zeugniß ablegen möchte ich für diese Reform als Nichtpreuße, der in seiner Heimath über die Nothwendigkeit der Reform Erfahrungen gesammelt hat. Man hätte zuerst dieses Gesetz berathen sollen, bevor man sich in die Details der Steuerprojekte einließ. Der politische Gesichtspunkt dieser Vorlage steht für mich höher als der staatsrechtliche. Denn es ist die bedeutsamste Kundgebung des Bundesraths seit Bestehen des deutschen Reichs, daß eine solche Reform auf Grund eines einmüthigen Beschlusses des Bundesraths dem Reichstag vorgelegt worden ist. Ich halte es für eine bedeutsame staatsmännische That, daß man versucht, wenigstens auf 5 Jahre die Schwankungen des Etats zu beseitigen. Es handelt sich nicht um eine preußische Angelegenheit, denn Preußen wird noch am leichtesten aus der mißlichen Lage herauskommen, aber nicht die übrigen Einzelstaaten. Deshalb wundere ich mich, daß das Centrum als föderalistische Partei diese Vorlage nicht unterstützt, denn sie bewegt sich ja in dem Grundgedanken der Franckensteinschen Klausel. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Gerade der wirthschaftliche Niedergang, und besonders der agrarische, sollte dazu zwingen, eine Ordnung der Finanzen in den Einzelstaaten herbeizuführen. (Sehr richtig! rechts.) Ich unterscheide sehr wohl zwischen der Haltung des Dr. Lieber und dem pure ablehnenden Standpunkt des Dr. Bachem. Die Reichs-Einkommensteuer würde gerade die Mittelklassen belasten, das zeigen die Erfahrungen in Sachsen, wo wir die von der Sozialdemokratie befürwortete progressive Einkommensteuer haben. Wenn diese Vorlage abgelehnt wird, so steht man in den Einzelstaaten ernstlich vor der Frage, die Steuerbefreiung der unteren Klassen wieder aufzuheben. In Mecklenburg hat man bereits eine Erhöhung der direkten Steuern von $^7/_{10}$ auf $^{13}/_{10}$ in Aussicht genommen. Der Abg. Richter hat gestern den Finanzminister als einen Rattenfänger von Hameln dargestellt, der es versucht, mit seiner Pfeife die Kinder in den Berg zu locken. Ich würde es mir nicht erlauben, die Mitglieder der größten Partei des Hauses Kinder zu nennen. Der Abg. Richter hat als geschickter finanztechnischer Jongleur eine Berechnung aufgestellt, die nicht richtig ist. Das sind Cirkuskünste, durch die nichts erreicht wird. Es kann nicht so weiter gehen, daß man die großen Ausgaben durch Anleihen deckt, wie es Abg. Richter befürwortet. Das ist keine sparsame Wirthschaft. Waren Sie denn auf der linken Seite sparsam, als wir gewisse Ausgaben für Berlin nicht bewilligen wollten? Da hieß es immer, wir wollten nichts für Kulturausgaben verwenden. Es giebt noch indirekte Steuern, die nicht die niedrigen Klassen treffen, ich erinnere nur an die Zeitungssteuer, wie sie in Oesterreich besteht, an ein Sprengstoffmonopol, an das Branntweinmonopol. Glauben Sie, daß man es im Volke versteht, wenn man die Importzigarre des Kommerzienraths ebenso hoch besteuert, wie die Pfeife des kleinen Mannes? Wenn die direkten Steuern erhöht werden, so werden die mittleren Klassen dadurch um so höher belastet, als die direkte Staatsbesteuerung den Maßstab für die Kommunalbesteuerung abgiebt. Benutzen wir doch auch eine ergiebigere Besteuerung der Börse namentlich mit Rücksicht auf die Milliarden, die in ausländischen Werthen angelegt sind, zur Durchführung der Finanzreform. Das Zündholzmonopol würde ebenfalls einen großen Ertrag abwerfen, und warum sollen wir nicht eine Wehrsteuer einführen. Wir haben also die Mittel zu Mehreinnahmen. Der Reichstag muß nur den Willen zeigen. Sollte der Reichstag die Vorlage ablehnen, sollte er auseinander gehen, so wird man sich eben nur noch in Friedrichsruh Rath holen können. (Beifall rechts.)

Präsident **v. Levetzow** erklärt den Ausdruck „Jongleur", den der Vorredner dem Abg. Richter gegenüber angewandt, für parlamentarisch unzulässig.

Reichsschatzsekretär Graf **v. Posadowsky:** Wir streben dasselbe an wie Fürst Bismarck, der auch eine Verminderung bezw. Abschaffung der Matrikularbeiträge als sein Ziel hinstellte. Hoffentlich wird es uns gelingen, mit dem Centrum zu einer Verständigung zu gelangen. Wenn Abg. Richter bezweifelt, daß die öffentliche Meinung sich für die Finanzreform erklärte, so verweise ich ihn auf die Zustimmung eines angesehenen Theiles der deutschen Presse sowie einiger Parteien des Reichstages. Es steht ja auch das Centrum nicht grundsätzlich unsympathisch der Reform gegenüber. Wie öffentliche Meinung gemacht wird, wissen wir besser. Im „Kasseler Tageblatt" hieß es in einem „Eingesandt" von der Tabakfabrikatsteuervorlage, schon die Einbringung habe die Wirkung gehabt, daß von der Firma Engelhardt und Biermann 4000 Arbeiter entlassen wurden. Ich las dies in der „Freisinnigen Ztg.", die natürlich sofort den Finger in die Wunde legte und ausrief: Wie wird das erst werden, wenn die Vorlage Gesetz wird. Auf eine Anfrage antwortete indeß die Firma, daß kein einziger Arbeiter entlassen und keine Arbeitseinschränkung eingetreten ist (Hört! hört! rechts). Wenn Abg. Richter ferner meint, diejenigen, welche die Weinsteuer befürworten, seien solche, die weder Wein bauen noch Wein trinken, so verweise ich ihn auf die Kundgebungen und Petitionen der Winzer, die eine Weinsteuer und einen Deklarationszwang fordern. Nun sollen wir ebenso wie Fürst Bismarck eine Einnahmeforderung in den Mantel einer Steuerreform einhüllen, aber mit dem Unterschiede, daß Fürst Bismarck zugleich Ueberweisungen in Aussicht stellte; ist denn unsere Finanzreform nicht ganz dieselbe Sache? Wenn die Franckensteinsche Klausel in der Praxis keine Geltung mehr haben kann, wo sollen denn die Ueberweisungen herkommen, wenn nicht neue Steuern erhoben werden? Man wirft der Regierung vor, daß sehr viel für Heer und Marine ausgegeben wird. Glauben Sie denn, daß wir es nicht vorziehen würden, die Summen, die unsere Wehrkraft erfordert, für Landesmeliorationen, für humanitäre Zwecke, für Kunst und Wissenschaft auszugeben? Aber sollen wir in Deutschland zuerst unsere Rüstungen abbrechen und auf den Edelmuth anderer Völker spekuliren? Es ist kein zufälliger Umstand, daß seit den Zeiten der alten deutschen Kaiser Deutschland die meisten Aufwendungen für sein Heer hat machen müssen; das beruht auf seiner geographischen Lage. Wenn Sie die Befürchtung haben, daß wir bei unsern Forderungen Hintergedanken haben, daß wir eine Art geheimen Schatz anlegen wollen, so bringen Sie doch entsprechende Kautelen in das Gesetz hinein. Abg. Richter beruft sich auf meinen Amtsvorgänger, der eine natürliche Steigerung der Einnahmen von 114 Millionen in den nächsten Jahren in Aussicht gestellt hat. Das gilt ihm als ein Dogma, und ich wünschte, daß andere Erklärungen der Regierung für ihn dieselbe Autorität besäßen, aber nein, gestern hat Abg. Richter die Finanzreform ein Stück Löschpapier genannt. Abg Richter bedenkt nicht, daß auch die Ausgaben erheblich steigen werden. Freilich in der Militärkommission hat er die Behauptung aufgestellt, daß die veranschlagten Mehrausgaben viel zu knapp bemessen seien. Wenn also Abg. Richter uns den Vorwurf macht, daß wir in der Militärkommission die Finanzlage rosig gemalt haben und sie jetzt schwarz malen, so kann man ihm gerade den umgekehrten Vorwurf machen. Daß jetzt 100 Millionen verlangt werden, früher nur 58 Millionen, liegt daran, daß wir nicht blos die Kosten für die Militärvorlage, sondern auch die Einnahmen für die Ueberweisungen an die Einzelstaaten haben wollen. Früher hat Abg. Richter die Steigerung der Matrikularbeiträge reichsfiskalisch genannt, jetzt nennt er sie föderalistisch. Nun soll die Schuldentilgung nach dem Abg. Richter eine leere Spielerei sein, ein alter Zopf. Abg Lieber steht auf einem andern Standpunkte. Die regelmäßige Schuldentilgung hat den Sinn, daß die lebende Generation stets an ihre Verpflichtungen erinnert wird. Was die Töpfchenwirthschaft anbetrifft, wie es Herr Richter genannt hat, so bin ich doch zweifelhaft, ob die wechselnde Majorität der Parlamente eine bessere Garantie für eine geordnete Finanzwirthschaft bietet, als der Absolutismus, der uns in dieser Beziehung heute noch zum Vorbild dienen kann. Es wäre doch für den Abg. Richter besser, wenn er anstatt seiner 22jährigen parlamentarischen Mensurthätigkeit mehr ins Freie gekommen wäre und so mehr praktische Verhältnisse kennen gelernt hätte. Wenn er von meinen Ausführungen über das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstages als dem Kernpunkt des Budgetrechts gemeint hat, sie schmeckten nach der Studirstube, so berufe ich mich auf den Fürsten Bismarck, der dasselbe gesagt hat, wie ich, und ich folge lieber den Irrthümern des Fürsten Bismarck als dem Abg. Richter (sehr gut! rechts). Man ermahnt uns, alle Anstrengungen zu machen, um den Etat so zeitig fertig zu stellen, daß der Bundesrath in der Lage ist, ihn eingehend zu prüfen; wir werden uns bemühen, diesem Rathe zu folgen, aber es stellen sich einer zeitigen Ausarbeitung des Etats viele Schwierigkeiten in den Weg. Der Schwerpunkt des Finanzreformgesetzes liegt darin, daß er den Finanzverhältnissen des Reiches und der Einzelstaaten eine gewisse Stabilität und dem Vertreter der Reichsfinanzverwaltung eine gewisse Selbständigkeit gegenüber den einzelnen Ressorts giebt. Nun hat Abg. Richter sofort nach der Erklärung des Dr. Lieber gesagt, der Entwurf ist todt, er wird in der Kommission begraben. Nun, Sie begraben einen Scheintodten. (Heiterkeit..) Der Entwurf wird wiederkommen. Wir befinden uns nicht in gedrückter Stimmung, wenn diese Vorlage abgelehnt wird. Wir blicken mit Vertrauen in die Zukunft. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Schädler** (Ctr.): Der Schatzsekretär wollte uns Bayern mit der Biersteuer erschrecken. Glaubt die Regierung, dadurch an Autorität zu gewinnen? Glaubt sie, so den Reichsgedanken zu stärken? Dem Beispiel des württembergischen Ministers von neulich kann vielleicht auch einmal ein bayerisches Mitglied des Bundesrath folgen. Man hat sich auf Windthorst und von Franckenstein berufen. Nun, wenn diese beiden Männer noch lebten, würden sie gegen die Militärvorlage gestimmt haben, und wir brauchten die Steuervorlagen nicht. Herr Miquel hat erklärt, die Franckensteinsche Klausel in ihrem Gedankengange anzuerkennen; ich freue mich über diese Erklärung im föderalistischen Sinne. Es dürfen auf keinen Fall mehr Mittel bewilligt werden, als die Militärvorlage fordert. Diese zu decken bin ich bereit; und wenn wir nicht mehr bewilligen wollen, fällt jeder Grund für die große Finanzreform fort. Die Tabelle, die der frühere Schatzsekretär in der Militärkommission aufstellte, wird jetzt von der Regierung als optimistisch bezeichnet. Diesen Unterschied im Zeitraum eines Jahres! Da kann man doch nicht verlangen, daß wir die Willensmeinung der Regierung als Dogmen ansehen. Unsere Rüstungen sollen nach dem Ausspruch des Schatzsekretärs nur die Konsequenz der Rüstungen in den anderen Staaten sein. Was ist denn aber nun die Konsequenz wieder unserer Rüstungen? Mit der jetzigen Wirthschaft kann es nicht weiter gehen; um so weniger sind wir gewillt, mehr zu geben, als absolut nothwendig ist. Die Deckungsmittel sind von meinen Fraktionsgenossen schon vorgeschlagen worden: ich kann füglich von einer diesbezüglichen Erörterung absehen. Herr v. Frege will die Kommerzienräthe höher besteuern. Gut, dafür sind wir zu haben, so weit es sich z. B. um die Börsensteuer handelt. Auf die Frage, ob direkte oder indirekte Steuern mehr drücken, will ich mich nicht einlassen, nachdem gestern der Finanzminister dem Abg. Richter zugerufen hat, er solle Nationalökonomie studiren; mir würde er noch ganz was Anderes zurufen. (Heiterkeit.) Im bayrischen Landtage erklärte der Finanzminister, daß eine Erhöhung der indirekten und direkten Besteuerung in Bayern nicht einzutreten brauche, auch nicht aus Anlaß der Kosten für die neue Militärvorlage. Aber mich würde es selbst nicht schrecken, wenn ein Theil der neuen Kosten auf die Matrikularbeiträge gelegt würde. Freilich würde ich die Verantwortlichkeit auf die Regierung wälzen, die gegen den ausgesprochenen Wunsch der Mehrheit des bayrischen Volkes die Militärvorlage vertheidigt hat. Vielleicht werden aber dadurch die Regierungen der Einzelstaaten für die Zukunft vorsichtiger, so daß sie nicht mehr so leichtfüßig sind in der Bewilligung neuer Lasten. Auch in den Reichsfinanzen muß das Wort wieder zur Geltung kommen: Man soll sich nach der Decke strecken. Ordnung in die Finanzen muß gebracht werden. Vor allem aber müssen wir Sparsamkeit üben und zwar zunächst diese Sparsamkeit bethätigen durch Abstriche an den Ausgaben für Militär und Marine. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **Böttcher** (nl.): Man kann nicht sagen, der Augenblick für die Reform ist schlecht gewählt. Denn zu wählen gab es nicht, die Reform wird uns durch die Verhältnisse aufgedrängt. Das Argument, daß wir uns in schlechten Erwerbsverhältnissen befinden, hat hier keine durchschlagende Wirkung, es würde nur Geltung haben, wenn es sich um neue Ausgaben handelte. Daß wir aber neuer Einnahmen bedürfen, kann niemand bezweifeln. Sollen wir zu den Verhältnissen vor 1879 zurückkehren und unsere Finanzen lediglich auf die Matrikularbeiträge aufbauen? Das würde den Intentionen der nationalliberalen Partei widersprechen, die die Matrikularbeiträge stets als einen Nothbehelf betrachtet hat und immer bestrebt war, das Reich auf eigene Füße zu stellen. Wir haben heute dazu eine umso größere Verpflichtung, als sich die Franckensteinsche Klausel in ihrer bisherigen Form nicht bewährt hat. Das vorgelegte Gesetz will die Franckensteinsche Klausel erst zur Wahrheit machen (sehr richtig!) Daran mitzuarbeiten sind wir bereit im Verein mit den beiden konservativen Parteien. Wir erleben es dabei, daß die Franckensteinsche Klausel gerade von denjenigen verlassen wird, aus deren Reihen sie hervorgegangen ist. Die indirekten Steuern sind noch nicht an ihrer Grenze angelangt, eine Besteuerung der theuren Weine wäre in hohem Grade populär. Freilich wäre andrerseits die Abschaffung der Salzsteuer wünschenswerth. Wenn ich die Wahl habe, eine indirekte Steuer auf einen immerhin entbehrlichen Verbrauchsgegenstand zu legen oder eine direkte Steuer zu erheben, so nehme ich lieber die erstere, weil hinter der direkten Steuer doch immer der brutale Zwang steht. Indem wir eine bewegliche Steuer einführen, stärken wir in höherem Grade das Budgetrecht des Reichstags als durch die Matrikularbeiträge. Die Matrikularbeiträge verleiten zu einer verschwenderischen Wirthschaft. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.) vertheidigt die Vorlage und die Forderung höherer Einnahmen. Bei der voraussichtlichen Steigerung der Ausgaben in den nächsten Jahren werde der natürliche Einnahmezuwachs nicht genügen. Man könne nicht behaupten, daß die unteren Klassen durch die indirekten Steuern höher belastet seien, als die oberen Klassen durch die direkten. Redner sieht dies durch eine Gegenüberstellung aller in Preußen gezahlten direkten, Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Kirchensteuern u. dgl. und der indirekten Steuern zu beweisen; die Verhältnisse im Reiche seien aber ähnlich wie die in Preußen. Mehreinnahmen für das Reich könnten nicht durch direkte Steuern aufgebracht werden. An indirekten Steuern wären vor allem Luxussteuern zu empfehlen, als solche müßte auch eine Tabak- und Weinsteuer angesehen werden, die durchaus nicht unpopulär seien. (Lebhafter Widerspruch links.) Der Widerspruch der Sozialdemokraten gegen das Gesetz sei begreiflich, da ihnen alle Einheitsbestrebungen zuwider seien. Das Finanzreformgesetz ist ein Mittel, um künftigen Ueberraschungen durch Mehrbelastungen vorzubeugen; das sei wohl auch die Absicht des anerkannt sparsamen Finanzministers Miquel gewesen, und darum müsse demselben für die Einbringung der Vorlage Dank gesagt werden. (Beifall rechts.)

Abg. **Fuchs** (Ctr.): Der Finanzminister will in diesem Finanzreformgesetz einen Regulator für die finanziellen Schwankungen in den Einzelstaaten schaffen. Wir haben doch aber schon einen Regulator in den Matrikularbeiträgen. Warum belassen wir es nicht dabei? Wir haben nie Ausgaben deswegen leicht bewilligt, weil wir auf die Matrikularbeiträge zurückgreifen konnten. Wird die Vorlage Gesetz, so wird der Bundesrath an der Gestaltung des Etats kein Interesse mehr haben, seine Verantwortlichkeit wird noch gemindert, seine Neigung zu Ausgaben gesteigert. An den heutigen Verhältnissen sind nicht die geringen Einnahmen, sondern die Steigerung der Ausgaben insbesondere für Militärzwecke schuld, und die Verantwortlichkeit tragen diejenigen, welche jene Ausgaben bewilligt haben. Welche indirekten Steuern Sie auch einführen mögen, und seien es Luxussteuern, so werden doch einzelne Erwerbszweige dadurch getroffen. Wir werden nur das Allernothwendigste bewilligen.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an die Stempelsteuerkommission verwiesen.

Es folgt die zweite Berathung der **Novelle zur Konkursordnung**. Da hierzu eine Anzahl Abänderungsanträge eingebracht sind, so wird die Vorlage sammt den Anträgen an die Kommission verwiesen, welche s. Z. zur Berathung des ebenfalls auf Aenderung der Konkursordnung gerichteten Antrages Rintelen eingesetzt wurde.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Unterstützungswohnsitznovelle, Anträge auf Abänderung des Wahlgesetzes und auf Beschränkung des Hausirhandels.)

Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 31. Januar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt, und zwar beim Etat des Finanzministeriums, dem die Denkschrift über die Einführung von Dienstaltersstufen auch für die mittleren Beamten beigelegt ist.

Abg. **Krah** (frk.) bedauert, daß das System der Dienstaltersstufen nicht auf die richterlichen Beamten ausgedehnt ist. Die Richter erster Instanz namentlich würden diese Lücke schmerzlich empfinden.

Abg. **v. Ryffelmann** (kons.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Lehrer an den Forstakademien nicht in das System mit einbegriffen seien. Ihre Verhältnisse seien von denen der Universitätsprofessoren durchaus verschieden.

Geh.-Rath **Lehnert** erwidert, daß für diese Beamten andere Gesichtspunkte in Betracht kommen als für die übrigen Beamten, so daß eine Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse in anderer Weise erfolgen muß. Größere Geldsummen zur Aufbesserung dieser Beamten können bei der schlechten Finanzlage nicht eingestellt werden. Doch sei nicht ausgeschlossen, daß das für diese einzuführende System sich später einmal an das für mittlere Beamte geltende akkomodiren werde.

Abg. **v. Strombeck** (Ctr.) fragt an, warum die Archivbeamten später zu dem Höchstgehalt kommen als die übrigen Beamten.

Geh. Rath **Lehnert** erklärt, daß der Unterschied in der Spannung zwischen dem niedrigen und höchsten Gehalt eine zu große sei, z. B. betrage sie bei manchen Kategorien zwischen 1800 und 4200 Mark. Für die Archivbeamten sei das Minimalgehalt abgerundet zu Gunsten der Beamten. Die Disparität rühre daher, daß die Verwaltung gezwungen sei, mit derselben Gesammtsumme auszukommen, die bisher für Gehälter aufgewendet wurde.

Auf eine Anfrage des

Abg. Dr. **Sattler** führt Geh. Rath **Lehnert** aus, durch das System der Dienstaltersstufen sei verhindert, daß jemand, der in eine höhere Beamtenklasse versetzt wird, ein geringeres Anfangsgehalt erhält, als er zuletzt in der früheren Klasse bezogen hat.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Die Ausgaben für die Unterhaltung der königlichen Theater haben eine ungewöhnliche Höhe erreicht, in zwei Jahren 1 200 000 M. Ich will zwar die Kronkasse nicht verpflichten, diese hohen Kosten zu übernehmen, da die Theater an sie schon hohe Ansprüche stellen. Aber es ist auch wünschenswerth, daß eine Regelung dahin eintritt, welche Lasten denn eigentlich dem Staate und welche der Kronkasse auferlegt sind; denn es bestehen darüber noch Zweifel.

Berichterstatter **vom Bleuten** (Ctr.) erwidert, daß für die Unterhaltung des königlichen Theaters in Hannover eine rechtliche Verpflichtung für die Kronkasse nicht bestehe.

Finanzminister Dr. **Miquel**: Der Kronfideikommißfonds ist nicht verpflichtet, das Gebäude in Dach und Fach zu unterhalten, denn das Gebäude ist Staatseigenthum. Wenn heute auch eine Summe für die bessere Einrichtung des Gebäudes in Hannover ausgeworfen ist, so wird damit für die Zukunft vom Staate nicht die Verpflichtung übernommen, das Gebäude in derselben Weise und zu dem Zwecke zu unterhalten, zu dem es jetzt geschieht.

Abg. **Stengel** (frk.) schließt sich in dem Bedauern über die hohen Ausgaben für die Theatergebäude dem Abg. v. Eynern an, giebt aber auch zu, daß die rechtlichen Verhältnisse so liegen, wie sie der Finanzminister geschildert hat.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.) führt aus, daß in Hannover die Ansicht herrsche, daß das Gebäude als Theatergebäude erhalten bleiben müsse.

Finanzminister Dr. **Miquel** widerspricht dieser Ansicht.

Abg. **v. Buch** (dk.) erklärt, für die Position stimmen zu wollen, ohne jedoch für die Zukunft eine rechtliche Verpflichtung zu übernehmen.

Der Etat wird genehmigt, die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Es folgt der Etat der Gestütverwaltung.

Abg. Frhr. **v. Dobeneck** (kons.) spricht sein Bedauern aus, daß es in der Provinz Brandenburg an Landesbeschälern fehle. Diesem Mangel müsse durch Einrichtung von Zuchtstätten abgeholfen werden. Für Trakehnen sei eine Summe von 55 000 M. zum Ankauf eines Stück Landes von 120 Morgen ausgeworfen. Diese an sich nützliche Ausgabe könne in der gegenwärtigen Finanzlage erspart werden. Dagegen sei es nothwendig, daß in der Provinz Brandenburg das Hauptgestüt wiederhergestellt werde, und zwar empfehle sich Neustadt als geeigneter Ort. Die Kosten dafür betrugen nur 15—20 000 M.

Landwirthschaftsminister **v. Heyden** erklärt, durch die Einführung der Körordnung seien die unbrauchbaren Beschäler ausgemerzt.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.) weist auf die großen Schäden hin, die mit dem Rennsport verbunden seien, wie es sich beim Hannoverschen Wucherprozeß herausgestellt habe. Die letzte Ursache für den wirthschaftlichen Verfall und zahlreiche Vergehen, wie Desertion u. s. w. liegen im Spiel. Beim Rennen sind Einrichtungen geschaffen, welche die Spielsucht anreizen. Es ist auffallend, daß, obwohl das Buchmachen verboten ist, diese Leute doch nicht unterdrückt werden, sondern ihr Wesen weiter treiben. Auch der Totalisator war Anfang des vorigen Jahrzehnts als Glücksspiel untersagt. Ich bedaure, daß er wieder gestattet ist. Nun sagt man, er sei nothwendig, ohne Totalisator kein Rennen, ohne Rennen keine Pferdezucht, ohne Pferdezucht keine brauchbaren Militärpferde. Die Kriege 1866 und 1870/71 sind geführt worden, bevor der Totalisator bestand. Auch Sachverständige bestreiten die Nothwendigkeit des Totalisators. Wenn das Rennen wirklich ein Mittel zur Förderung der Pferdezucht ist, so sollte man es doch möglichst einschränken und lieber sonst Mittel auswerfen zur Förderung der Pferdezucht. Auf jeden Fall müssen die Beförderungsmittel der Spielsucht beseitigt werden. Der Staat hat im Gegentheil die Pflicht, die Spielsucht zu beseitigen, deshalb also die Buchmacher zu unterdrücken. (Beifall.)

Geh.-Rath **Hermes**: Bezüglich des Buchmacherwesens hat die Regierung seit Jahren mit allen gesetzlichen Mitteln auf Unterdrückung der Buchmacherei hingewirkt. So werden Listen der wegen Buchmacherei bestraften Personen veröffentlicht. Vieles freilich entzieht sich der Bestrafung. Bezüglich des Totalisators sind die rechtliche und die moralische Seite zu unterscheiden. Bei Wiedereinführung des Totalisators sind alle Momente des Gewerbsmäßigen beseitigt. Die Regierung verkennt nicht die moralischen Bedenken, die gegen den Totalisator sprechen, und muß wünschen, daß diese Einrichtung niemals erfunden wäre. Bei allen Rennen werden die Leidenschaften erregt, und wollte man die Spielleidenschaft ganz unterdrücken, so müßte man die Rennen verbieten. Würden wir den Totalisator unterdrücken, so würde sich das viel gefährlichere Gewerbe des Buchmachens in verstärktem Maß einstellen. Die Zulassung des Totalisators hat eine Verminderung des Buchmachens zur Folge gehabt. Die Rennen sind nothwendig zur Hebung der Pferdezucht, wir müssen sie deshalb fördern.

Abg. **v. Bockelberg** (dk.) Der Totalisator ist nur die Regulirung der auf den Rennplätzen vorgenommenen Wetten. Diese wird man bei den Rennen nicht beseitigen können. Wetten und Wagen gehört ja zu unserm deutschen Charakter. Ich will allerdings nicht sagen, daß man das Wetten nicht ohne Schädigung des Charakters unterlassen könne. Wenn man den Totalisator beseitigt, so wird man öffentlich das Wetten beseitigen, aber nicht das unerlaubte, heimliche, das viel schlimmer ist. Das ganze Totalisatorwesen ist in sehr enge Grenzen eingedämmt. Es ist nothwendig für die Rennen, und die Rennen sind nothwendig für die deutsche Pferdezucht. (Beifall rechts).

Abg. Dr. **Sattler**: Der Staat darf solche Einrichtungen nicht dulden, die die Spielsucht fördern. Das Einreißen des Glücksspiels ist die Folge der Erregung der Spielleidenschaft auf den Rennplätzen.

Abg. **v. Waldow** (kons.) erklärt, daß gegen den Totalisator erhebliche Bedenken obwalten, und daß er eingeschränkt werden muß, so weit es möglich ist, ohne daß die Rennen leiden. Denn an sich ist der Totalisator für die Rennen nöthig. (Beifall rechts).

Abg. **v. Eynern** (natl.) hält es für gut, bei Beurtheilung solcher Fragen mehr die Menschennatur sprechen zu lassen. Der Totalisator scheine für die Rennen nothwendig. Man müsse die nun einmal vorhandene Spielleidenschaft in erlaubte Bahnen lenken.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Forstetat regt

Abg. **v. Eynern** (nl.) eine billigere Tarifirung für Grubenholz an. Dadurch werde das Defizit von 2 Millionen beim Forstetat bedeutend verringert werden. Einmal verdiene dabei die Forstverwaltung, andererseits die Eisenbahnverwaltung

Abg. **v. Schöning** (kons.) bittet, daß den kleineren Besitzern aus den königlichen Pflanzkämpen Forstpflanzen im Landeskulturinteresse gratis gegeben werden. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Trott** (kons.) fordert den Minister auf, die Forstbehörden anzuweisen, im nächsten Frühjahr Laub und Streu aus den Wäldern zur Ergänzung der Futterbestände den kleinen Besitzern zu überlassen. Es werde dann möglich sein, das Vieh bis zum Sommer durchzubringen, wenn man mit den Futtervorräthen, die der fruchtbare Herbst noch gebracht habe, sparsam wirthschafte, und der Minister den angegebenen Wunsch erfülle.

Minister **v. Heyden**: Ich trage Bedenken, die gewünschte Erklärung abzugeben. Die Verhältnisse liegen diesmal anders. Eine Nothlage ist nicht zu befürchten, da ja auch der Vorredner anerkannt hat, daß bei Sparsamkeit die Vorräthe ausreichen werden. Selbstverständlich wird, wo Noth ist, nach Möglichkeit abgeholfen werden. In manchen Gegenden ist im Sommer freilich schon so viel gegeben worden, daß nichts mehr abgegeben werden kann. Der Viehbestand ist um 315 000 Stück zurückgegangen. Das ist zwar sehr bedeutend, aber der Rückgang ist nicht so groß, daß für die Landwirthschaft Ernstliches befürchtet werden müßte. Aus vielen Gegenden ist Nachricht gekommen, daß ein Nothstand nicht in Aussicht steht. Pflanzen aus den Forstkämpen werden bereits abgegeben. Wo es noch nicht geschehen ist, sollte das an die vorgesetzte Behörde gemeldet werden, welche Abhilfe schaffen wird.

Abg. **Knebel** (nl.) macht darauf aufmerksam, daß in einigen rheinischen Gegenden bereits Noth sich fühlbar mache.

Abg. **Dasbach** (Ctr.) tadelt, daß die Förster häufig nicht den wohlwollenden Intentionen der Regierung nachkämen. Aus den Gemeindewaldungen Rheinlands sei nicht Streu genug vertheilt. Der Minister müsse eine Instruktion erlassen, nach welchem Plan die Gemeindewaldungen zu bewirthschaften seien.

Abg. Frhr. **v. Erffa** (kons.) meint, wenn den Absichten des Vorredners nachgegeben werde, werde eine Devastution der Gemeindewaldungen eintreten. Leider habe Preußen kein Gesetz, das die Privatwaldungen unter den Schutz des Staates stellt. Bedauerlich sei, daß die Waldstreu entnommen werde in Zeiten, wo die Leute Stroh genug gehabt hätten.

Abg. **Dasbach** giebt zu, daß die Entnahme von Waldstreu dem Wald schade. Der Nothstand sei jedoch so groß, daß man Rücksicht darauf nehmen müsse.

Geh. Rath **Donner** bestreitet, daß die Forstverwaltung engherzig vorgegangen sei.

Abg. Frhr. **v. Heeremann** (Ctr) bringt die Klagen zur Sprache, die im Reg.-Bez. Trier über die Staatsaufsicht der Gehöferschaftswaldungen beständen und besonders dahin gingen, daß die Entnahme von Streu verboten sei und zwangsweise Förster eingesetzt seien.

Minister **v. Heyden** sagt zu, die Angelegenheit nochmals eingehend zu prüfen. Eine bestimmte Erklärung könne er nicht abgeben.

Abg. **v. Benda** (nl.) regt Gehaltsaufbesserung der Forsträthe an.

Abg. Dr. **Paasche** (nl.) tadelt die Bevorzugung der reitenden Feldjäger gegenüber den Civilanwärtern in der Anstellung im Forstdienst.

Minister **v. Heyden** bestreitet, daß von einer schneidenden Disparität zur Zeit die Rede sein könne, erkennt aber an, daß falls die Disparität zunehmen sollte, Abhilfe geschaffen werden müsse.

Die Abgg. **Hoffmann** (nl.) und **v. Plötz** (kons.) bringen die schlechte Lage der Forstaufseher zur Sprache.

Minister **v. Heyden** erklärt, daß die Besserstellung dieser Beamten nur aus Rücksicht auf die Finanzlage unterblieben ist.

Der Etat wird bewilligt, desgleichen die Rente des Kronfideikommisses und der Zuschuß zur Rente des Kronfideikommisses.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (kleinere Etats).

(Schluß 4¼ Uhr.)

Deutschland.

□ **Berlin**, 31. Jan. [Schuwalows Toast. Der Kriegsminister und Fürst Bismarck. Identitätsnachweis.] In diplomatischen Kreisen hört man für den vielbesprochenen Trinkspruch des Grafen Schuwalow auf den Reichskanzler eine Erklärung, die durch ihre Einfachheit für sich einnimmt. Das russische Botschaftspalais war beim Einzuge des Fürsten Bismarck am letzten Freitag der Schauplatz lebhafter Ovationen für den greisen Staatsmann. Graf Schuwalow hatte mehrere Fürstlichkeiten und eine größere Anzahl von Personen eingeladen, die sämmtlich gleich ihm zu den Anhängern und Bewunderern des Fürsten Bismarck gehören. Die freudig bewegte Stimmung, die diese hervorragende Gesellschaft beim Vorüberfahren des Fürsten kundgab, und die auch in der Oeffentlichkeit stark bemerkt wurde, ist seitdem in engeren Kreisen naturgemäß mehrfach besprochen worden. Indessen ist es selbstverständlich und wird überdies noch besonders betont, daß es dem Grafen Schuwalow fernliegen mußte, Deutungen hervorrufen zu wollen, die sich im Sinne von politischen Demonstrationen zu Gunsten des früheren und gegen den jetzigen Reichskanzler verwerthen lassen könnten. Immerhin scheint es nicht ganz vermieden worden zu sein, daß solche Deutungen verbreitet werden konnten. Der Trinkspruch des Botschafters auf den Grafen Caprivi hat diesen und anderen Verkennungen der Stellung des russischen Vertreters zur deutschen Politik den Boden entzogen, und der Vorgang wird unter diesem Gesichtspunkte entsprechend gewürdigt. Die von der „Kreuzzeitung“ aufgeworfene Frage, ob Graf Schuwalow vielleicht im Auftrage des Zaren gehandelt habe, wird uns gegenüber verneinend beantwortet. Der Zar war an dem Sonnabend, wo Graf Schuwalow einen Auftrag hätte erhalten haben müssen, bereits krank, und es entspricht der hervorragenden Stellung des Botschafters innerhalb der russischen Regierungswelt, daß so leicht kein Anderer es für angemessen gehalten haben könnte, Weisungen der geschilderten Art hergelangen zu lassen. — — Nach dem Stöckerschen „Volk“ hat der Kriegsminister von Bronsart am Sonnabend, als er dem Kaiser seinen Glückwunsch darbrachte, zugleich bemerkt, daß er im Namen der Armee seinen Dank für die Aussöhnung mit dem Fürsten Bismarck ausspreche. Der Kaiser habe erstaunt gefragt: „Auch im Namen der Armee?“, worauf der General wiederholt habe, daß er im Namen der Armee sprechen könne und Seiner Majestät in diesem Sinne die Hand küsse. Die Geschichte klingt etwas merkwürdig, aber das ist noch kein Grund, sie für unglaubhaft zu halten. Vom Herrn v. Bronsart ist es bekannt, daß er zu den besonderen Verehrern des Fürsten Bismarck stets gehört hat. Als ihn der Kaiser von Hannover herbeirief und zum Kriegsminister machte, waren die Bismarckblätter des Lobes voll über die getroffene Wahl. — — Eine manchmal offiziös benutzte Korrespondenz will wissen, die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises solle derart geregelt werden, daß durch Ausfuhrscheine das Recht gewährt wird, eine der ausgeführten entsprechende Getreidemenge zollfrei einzuführen. In dieser Allgemeinheit besagt die Notiz aber nicht viel. Eine dem mitgetheilten Plane entsprechende Durchführung der Reform ist wohl in Erwägung gezogen, indessen es sind nach unsern Erkundigungen hierbei die Vorschläge zu Grunde gelegt worden, die die Bremer Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht gemacht hat, und diese Vorschläge, die der Oeffentlichkeit längst bekannt sind, haben nicht gerade den Eindruck gemacht, als würde die solchergestalt durchgeführte Aufhebung des Identitätsnachweises gleichbedeutend mit einer Ausfuhrprämie für Getreide sein. Immerhin stecken in der ganzen Frage so viele Spitzen und Dornen, daß jedes Urtheil mindestens bis dahin, wo die angekündigte Vorlage da ist, zurückgehalten werden muß.

△ **Berlin**, 31. Jan. [Zum russischen Handelsvertrage.] Es ist neuerdings wieder ungewiß geworden, ob der russische Handelsvertrag nach seinem bevorstehenden Abschluß zuerst im „Reichsanz.“ veröffentlicht oder nicht sogleich im Reichstage eingebracht werden wird. Die Frage ist natürlich nur eine der technischen Zweckmäßigkeit. Was den Vertrag selbst anlangt, so wissen wir uns auf sicherem Boden, wenn wir bemerken, daß zahlreiche und bedeutende Industrien mit dem Erreichten durchaus werden zufrieden sein können. Daraus folgt, daß verständige Konservative ebenfalls zufrieden zu sein hätten, weil das Maß der deutschen Zugeständnisse hinsichtlich der landwirthschaftlichen Zölle ohnehin festgestanden hat und es lediglich darauf angekommen ist, wieviel an russischen Gegenkonzessionen auf dem Gebiete der Industrie herauszuschlagen war.

L. C. **Berlin**, 31. Jan. Im Abgeordnetenhause verlangte bei der Berathung des Etats des Finanzministers Abg. Sattler die Unterdrückung des Totalisators und der Buchmacher auf den Rennplätzen. Geh. Ober-Reg.-Rath Hermes erklärte, bei der Wiederzulassung des Totalisators im Jahre 1886 seien die Momente, welche als strafbar angesehen werden könnten, ausgeschlossen worden. (!) Es wäre allerdings besser, wenn der Totalisator gar nicht erfunden worden wäre (!); aber das Verbot des Totalisators sei gleichbedeutend mit der Beseitigung der Pferderennen. (!!) Der Staatszuschuß betrage nur 210 000 M. Der Totalisator verdränge die Buchmacher. Seit 1886 sei nur ein Buchmacher zur Bestrafung gekommen. Abg. v. Bockelberg (kons.) vertheidigte den Totalisator; während v. Waldow (kons) und v. Eynern (natl.) möglichste Beschränkung desselben wünschten.

— Der Kaiser veröffentlicht, wie schon gemeldet, im „Reichsanzeiger“ einen an den Reichskanzler gerichteten Dank-Erlaß für die zum letzten Geburtstag erhaltenen Glückwünsche; in dem Erlaß, den wir nachstehend wörtlich wiedergeben, ist der Besuch des Fürsten Bismarck in sehr bemerkenswerther Weise erwähnt. Der Erlaß lautet:

Beim Eintritt in ein neues Lebensjahr war es Mir durch Gottes Gnade vergönnt, zugleich auf eine fünfundzwanzigjährige Zugehörigkeit zur Armee zurückzublicken. Waren es auch ernste Gedanken, welche Mir in Erinnerung an den weihevollen Tag Meines Eintritts in die Armee die hehren Gestalten Meines Mir allzufrüh entrissenen Herrn Vaters und Meines unvergeßlichen Herrn Großvaters besonders lebendig vor Augen führten, so wurde Ich doch hoch beglückt durch die mannigfachen Beweise treuer Liebe seitens des deutschen Volkes, welches mit seinen Erlauchten Fürsten darin wetteiferte, Mich an Meinem doppelten Festtage zu ehren und zu erfreuen. Zahlreicher noch als sonst sind die schriftlichen und telegraphischen Glückwünsche, welche Mir von nah und fern zugegangen sind. Eine innige Befriedigung gewährte es Mir, aus denselben wahrzunehmen, wie die von allen patriotisch fühlenden Herzen Meinem Feste entgegengebrachte freudige Theilnahme durch den Mir gewordenen Besuch des um Kaiser und Reich so hochverdienten Staatsmannes noch eine besondere Steigerung erfahren hat. Indem Ich Allen, welche Mir bei dieser Gelegenheit so liebevolle Aufmerksamkeit erwiesen haben, auf diesem Wege Meinen tiefgefühltesten Dank ausspreche, gebe Ich gern Meiner freudigen Zuversicht in die friedliche und segensreiche Weiterentwickelung unseres theuren Vaterlandes Ausdruck. Ich ersuche Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 31. Januar 1894.

Wilhelm. I. R.

An den Reichskanzler.

An der Veröffentlichung dieses Erlasses ist Verschiedenes der Hervorhebung werth, so vor allem, daß der Name des Fürsten Bismarck nicht genannt, sondern von „dem Besuch des um Kaiser und Reich so hochverdienten Staatsmannes“ gesprochen wird. Es ist nicht unmöglich, daß das offizielle Aktenstück mit dieser Wendung die Schwierigkeit der angemessenen Titulatur des ehemaligen Reichskanzlers umgehen will. Der Kaiser hat den Fürsten Bismarck im März 1890 zum Herzog von Lauenburg ernannt, aber die Titulatur ist niemals so recht praktisch geworden; Fürst Bismarck soll sie seiner Zeit ausdrücklich abgelehnt haben, während es gleichwohl einige Zeit darauf hieß, daß das Heroldsamt mit dem Entwurf eines neuen Wappens für den neuen Herzog beschäftigt sei. Der Erlaß des Kaisers ist vom Reichskanzler nicht gegengezeichnet. Gleichwohl kann man ihm den Charakter eines Regierungsaktes nicht ganz absprechen.

— Den (Bismarckschen) „Berl. Neuest. Nachr.“ zufolge hat der Kaiser kurz vor der Abreise des Fürsten Bismarck demselben seinen baldigen Gegenbesuch in Friedrichsruh angekündigt.

— Herr v. Plötz erklärt es für unwahr, daß er sich bemüht habe, den Fürsten Bismarck zum Verzicht

auf die Reise nach Berlin zu bestimmen. Er habe niemals eine solche unloyale Pflicht gehabt oder haben können. Selbstverständlich, Herrn v. Plötz kann Niemand etwas „Unloyales“ zutrauen; der erste Vorsitzende des Bundes der Landwirthe ist über jeden derartigen Verdacht erhaben. Wenn er vor der Herkunft des Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh gereist ist, so geschah das nicht in „unloyaler“ Absicht, sondern lediglich in der Absicht, um zu verhindern, daß Fürst Bismarck dem Kaiser gegenüber den Abschluß des Handelsvertrags mit Rußland als eine politische Nothwendigkeit bezeichne. Diese Absicht ist natürlich durchaus „loyal“. — Der „Hamb. Corr.“ schreibt:

„Bisher spricht nichts gegen die Annahme, daß Fürst Bismarck nicht sowohl aus Gründen der auswärtigen Politik, als wegen des Zusammenhanges der agrarischen und industriellen Schutzzöllner der Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrags zuneigt.“

W. B. **Hamburg**, 31. Jan. Aus Berlin wird dem „Hamb. Corr.“ gemeldet, daß der Flügeladjutant des Kaisers, Graf Moltke, sich heute morgen nach Friedrichsruh begeben hat, um dem Fürsten Bismarck den ihm vom Kaiser gewidmeten neuen grauen Militärmantel zu überbringen.

W. B. **Straßburg i. Els.**, 31. Jan. Eine Verordnung des Ministeriums, Abtheilung für Finanzen und Landwirthschaft, verbietet mit Rücksicht auf die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche in Frankreich die Einfuhr und Durchfuhr von Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen aus Frankreich vom 4. Februar ab.

W. B. **München**, 31. Jan. Die Kammer der Abgeordneten lehnte in der fortgesetzten Berathung über den Eisenbahnetat den Antrag Ratzinger ab, der dahin geht, die Regierung möge auf dem Wege der Verhandlungen mit den benachbarten Regierungen eine Abänderung der Tarifbegünstigungen im Transitverkehr für die landwirthschaftlichen Produkte in Erwägung ziehen. Dafür sprachen sich ein Theil des Centrums, die Mitglieder des Bauernbundes und die Konservativen aus.

Parlamentarische Nachrichten.

R. **Berlin**, 31. Jan. Uns wird geschrieben: In der Budgetkommission des Reichstags hat Prinz Arenberg heute eine Lanze für die deutschen Missionsorden gebrochen. Es widerspreche den deutschen Interessen, daß der in Ostafrika zugelassene katholische Missionsorden in Frankreich domizilire, und daß Deutsche, die sich diesem Orden anschließen, ihre Vorbereitung nur in französischen Ordenshäusern erlangen können. Prinz Arenberg forderte die Einräumung der Ordensniederlassung auf deutschem Boden und versicherte, daß der in Ostafrika thätige Missionsorden nicht unter das Jesuitengesetz falle. Wir können zu dieser Anregung, der der Geheimrath Kayser wohlwollende Berücksichtigung zusagte, im Einzelnen mittheilen, daß in der vorigen Woche ein Mitglied der französischen Missionsgesellschaft hier verweilt und im Auswärtigen Amt dafür gewirkt hat, daß die Geistlichen deutscher Staatsangehörigkeit, die sich der Missionsthätigkeit widmen wollen, ihre Ausbildung in deutschen Anstalten erhalten sollen. Der erwähnte katholische Missionar, der hier eine auszeichnende Aufnahme gefunden hat, ist Elsässer. Ob der Missionsorden wirklich nicht unter das Jesuitengesetz fällt, wie es Prinz Arenberg behauptet, darüber sind in den betreffenden Unterhaltungen die Ansichten freilich doch wohl etwas auseinandergegangen.

L. C. **Berlin**, 31. Jan. Die gestern dem Abgeordnetenhause zugegangene Sekundärbahn-Vorlage ist die erste, welche keinerlei Forderungen für Vermehrung des Betriebsmaterials, Umbau bereits vorhandener Bahnhöfe u. s. w enthält. Alle diese Ausgaben sind im Gegensatz zu der Maybachschen Praxis, in den Etat aufgenommen und tragen nicht unwesentlich zu der Herabmindernng der Ueberschüsse bei. Die Vorlage erfordert nur 37 Millionen M., von denen 35 Mill. durch Anleihe beschafft werden sollen.

Vermischtes.

† **Aus der Reichshauptstadt**, 31. Jan. Bei der Kaiserin Friedrich fand am Dienstag Abend eine kleine musikalische Soiree statt, der neben dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich auch Herr Leoncavallo beiwohnte. Der Komponist der „Medici“ begleitete die junge italienische Sängerin Palloni auf dem Klavier. Kaiserin Friedrich betonte dem Komponisten gegenüber, daß sie von dem großen Erfolge der „Pagliacci“ und auch von den „Medici“ gehört habe; sie bedaure, daß sie diese beiden Werke nicht kennen lernen könne, aber seit dem Tode ihres Gemahls besuche sie kein Theater mehr. Prinz Heinrich erkundigte sich dann noch bei dem Komponisten, wann die Premiere der „Medici“ stattfinden werde, worauf Leoncavallo antwortete, daß die Erstaufführung auf den 8. Febr. angesetzt sei.

29000 Mark in Werthpapieren und eine größere Summe in Baar und Banknoten wurden bei einer Leiche vorgefunden, welche am Dienstag Mittag in der Spree treibend entdeckt und an der Kirchstraßen-Brücke gelandet worden ist. Der Todte, ein elegant gekleideter Mann, welcher eine goldene Uhr und werthvolle Ringe an den Fingern trug, muß schon mindestens zwei Monate im Wasser gelegen haben; der Verwesungsprozeß war bereits soweit vorgeschritten, daß eine Beschreibung der Persönlichkeit nicht mehr möglich ist. Bei der Leiche gleichfalls vorgefundene Ausweispapiere deuten darauf hin, daß derselbe ein Bewohner der Stadt Charlottenburg war, der an der Berliner Börse Geschäfte betrieben haben muß. Ob hier ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht festgestellt, jedenfalls aber ist es auffällig, daß man von dem spurlosen Verschwinden des anscheinend wohlhabenden Mannes bisher nichts vernommen hat.

Auf das Konto des bekannten Einbrechers Adolf Krüger, der sich auch Emrich und Dr. Deelemann nennt, scheint wiederum ein bedeutender Diebstahl zu fallen, der am Dienstag in Dresden zur Ausführung gekommen ist. Der Dieb ist eingebrochen und hat unter Anwendung von Nachschlüsseln eine große Menge von Silbersachen erbeutet.

In schwere Feuersgefahr geriethen Dienstag Abend zwei Knaben, die man allein in einer verschlossenen Wohnung der Kulmstraße 32 zurückgelassen hatte. Die beiden Kinder hatten in der Küche mit Licht gespielt und dadurch die Gardinen in Brand gesetzt. Zum Glück wurden die fahrlässigen Knaben noch rechtzeitig gerettet.

† **Selbstmord eines Offiziers.** Zittau, 31. Jan. Sekondelieutenant Loeber vom hiesigen 102. Regiment, ein Sohn des Dresdener Konsistorialraths Loeber, erschoß sich heute in seiner Wohnung mit dem Jagdgewehr eines Kameraden. Loeber war im letzten Manöver vom Hitzschlag befallen worden und zeigte seitdem Spuren geistiger Störung.

† **Von einem ehemaligen Offizier erdolcht.** In Mentone ist ein Doktor Tunder aus Weimar von einem ehemaligen österreichischen Offizier, Oberländer, erdolcht worden. Es handelte sich um eine Dame aus Rußland, welche Tunder beleidigt haben sollte.

† **Neue Briefmarke.** Für Philatelisten mag es von Interesse sein, zu hören, daß Montenegro soeben eine neue prächtige Markenserie (10, 30, 40, 50 Kr., 1 fl. und 2 fl.) emittirt hat.

Lokales.

Posen, 1. Februar.

* **Personalnotiz.** Der Referendar Piwoinski aus Grätz ist, wie wir erfahren, nach bestandenem Staatsexamen zum Gerichtsassessor ernannt worden.

* **Umschulungen.** Die evangelischen Hausväter des Guts- und Gemeindebezirks Deutsch-Poppen und der Gemeinde Poswientno, Kreis Schmiegel, sind vom 1. Januar 1894 ab aus dem katholischen Schulverbande Deutsch-Poppen desselben Kreises ausgeschult und zu einer evangelischen Schulsozietät mit ihrem Sitze in Deutsch-Poppen vereinigt worden. — Ferner sind die katholischen Hausväter des Guts- und Gemeindebezirks Trzcionka, Kreis Grätz, aus der katholischen Schulsozietät Michorzewo, Kreis Neutomischel, ausgeschult und zu einer katholischen Schulsozietät mit ihrem Sitze in Trzcionka, Kreis Grätz, vereinigt worden.

* **Verwaltung von Apotheken.** Dem Apotheker Richard Hübner, zuletzt in Kostschin, ist die Verwaltung der in Wilda bei Posen befindlichen Schneiderschen Filial-Apotheke an Stelle des Apothekers Michalski übertragen worden. — Ferner ist dem Apotheker Joseph Mąkowski die Verwaltung der in Kostschin, Kreis Schroda, befindlichen Stęczntewskischen Apotheke an Stelle des Apothekers Richard Hübner übertragen worden.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 31. Jan. Der „Hamb. Börsenhalle“ zufolge ist zwischen der Hamburg-Amerikanischen-Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft dem Norddeutschen Lloyd in Bremen, der Red-Star-Line zu Antwerpen und der niederländischen amerikanischen Dampfschifffahrtsgesellschaft zu Rotterdam bezüglich Frachten nach Amerika eine Vereinbarung getroffen worden. Dieselbe bezweckt eine bessere Regelung der Frachtraten und ein gemeinschaftliches Vorgehen gegen etwaige Outside-Fracht-Dampfer.

Wien, 31. Jan. Das Militär-Verordnungsblatt veröffentlicht eine vom 22. Januar datirte Verordnung, nach welcher 48 Infanterie-Regimenter und 8 Infanterie-Bataillone mit dem 1. April d. J. den normalen höheren Friedensstand erhalten sollen.

Prag, 31. Jan. [Omladina-Prozeß.] Im weiteren Verlaufe des Verhörs giebt Dolezal an, Mrva habe erzählt, daß er für jeden durch ihn ins Gefängniß gebrachten Omladinisten fünf, für jeden Omladinaführer fünfzehn Gulden bekommen sollte. Den unmittelbaren Anlaß zur Ermordung Mrvas habe der Umstand gegeben, daß Mrva ein polnisches Lied sang, in welchem von Verrath die Rede ist. Der Präsident macht auf den Widerspruch dieser Erklärung mit der von Dolezal in der Voruntersuchung abgegebenen aufmerksam, nach welcher die Rede des Abgeordneten Herold im Reichsrathe den Anlaß zu der That gegeben habe und die Vorbereitungen zu dem Verbrechen vor der Absingung des fraglichen polnischen Liedes getroffen worden seien.

Neapel, 31. Jan. Der Anarchist Merlino wurde heute verhaftet. Er leistete dabei heftigen Widerstand.

Paris, 31. Jan. In der heutigen Sitzung der Heereskommission der Kammer gab Jules Roche eine vergleichende Uebersicht über die militärischen Verhältnisse Deutschlands und Frankreichs und wies auf die Ergänzungen und Vervollständigungen hin, welche die militärischen Einrichtungen Frankreichs erfahren müßten. Die Kommission beschloß, den Kriegsminister über diesen Gegenstand zu hören.

Madrid, 31. Jan. In Ocio (Provinz Almeria) explodirte eine Dynamitpatrone und richtete beträchtlichen Schaden an. In Alanis (Provinz Sevilla) bemächtigten ländliche Arbeiter sich der Weiden und theilten dieselben unter sich. Die Gendarmerie mußte einschreiten; mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Madrid, 31. Jan. Der Bericht des Gouverneurs von Cadix besagt: Tausende von nothleidenden Bauern und Arbeitern durchziehen bettelnd die Provinz. Ausschreitungen sind zu befürchten.

London, 31. Jan. Die „Pall Mall Gazette“ will wissen, der Premierminister Gladstone beabsichtige seine Demission zu geben. Bei Lord Rosebery und dem Privatsekretär Gladstones sind deshalb von mehreren Seiten Erkundigungen eingezogen worden. Denselben ist von einem Entschlusse Gladstones zu demissioniren nichts bekannt. Um weitere Informationen ist nach Biarritz telegraphirt worden.

Kopenhagen, 31. Jan. Der vormalige Generalpostdirektor, Ordenskanzler Graf Danneskjöld-Samsö ist heute früh im Alter von beinahe 90 Jahren gestorben.

Buenos-Ayres, 31. Jan. Die Aufständischen in Brasilien rüsten sich zu einem energischen Angriff auf Santos und Sao Paolo.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg.“

Berlin, 1. Februar, Morgens.

Im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin fand gestern Abend Hofball statt. Nach Erscheinen des Kaiserpaares begann der Tanz. Die Ballmusik lieferte die Kapelle des 2. Garde-Regiments. Kurz nach 10 Uhr wurde soupirt. Der Ball erreichte um 1 Uhr sein Ende.

Aus Rom wird gemeldet:

In hiesigen Finanzkreisen verlautet, eine deutsch-englische Gesellschaft werde eine Handelsbank gründen und die Liquidation des „Credito mobiliere“ übernehmen.

Es scheint, daß in Italien neue Unruhen ausbrechen werden. Wie nämlich die „Fanfulla“ meldet, sind durch Torpedoboote von Spezia aus Karabiniert und Soldaten nach Avenza geschickt. Man glaubt deshalb, daß dort neue Unruhen zu befürchten seien.

In Turin ist der General de la Rocca schwer erkrankt.

Aus Massa wird gemeldet:

Das Kriegsgericht verurtheilte den Advokaten Molinari zu einer Gefängnißstrafe von 23 Jahren, von denen er die ersten 3 Jahre in Einzelhaft zu verbüßen habe. Ferner wurde die Konfiszirung der sequestrirten Güter Molinaris und die Bezahlung der Gerichtskosten ausgesprochen.

Dem „Reuterschen Bureau“ gehen Informationen aus Biarritz, Gladstones gegenwärtigem Aufenthaltsorte, zu, wonach das Gerücht von Gladstones Absicht zu demissioniren, falsch sei. Obgleich es dem Premierminister seit Monaten seines Alters, seiner sinkenden Kraft, seines Gehörs wegen wünschenswerth erschienen sei, dem politischen Leben enthoben zu sein, da er jeden Augenblick fürchten müsse, in seiner Pflicht unterbrochen werden zu können, habe er dennoch nicht daran gedacht, abzudanken.

Marktberichte.

Bromberg, 31. Jan. (Amtlicher Bericht der Handelskammer. Weizen 128—133 M., geringe Qualität 125—127 M. — Roggen 110—114 M., geringe Qualität 106—109 M. — Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. — Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M. — Hafer 125—145 M.

Breslau, 31. Jan. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Gekündigt — Ztr. abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Jan. 121,00 Gd., April-Mai 126 Br., Hafer p. 1000 Kilo — Gekündigt — Ztr., p. Jan. 153,00 Gd. Rüböl p. 100 Kilo — Gekündigt — Ztr. p. Jan. 47,00 Br. April-Mai 47,50 Br. Zink. Ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

** **Hamburg**, 29. Jan. [Kartoffelfabrikate.] Tendenz: Leblos. Kartoffelstärke. Prima-Waare prompt 15¼—15¾ Mark, Lieferung 15—15½ M. — Kartoffelmehl Primawaare 14¾—15 M., Lieferung 14⅝—14⅞ M., Superiorstärke 15½—16 Mark, Superiormehl 15½—16½ Mark, Dextrin weiß und gelb prompt 22—22½ M. — Capillar-Syrup 44 Bé prompt 18½—19 M. — Traubenzucker prima weiß geraspelt 18¾—19¼ Mark.

Bromberger Seehandlungs-Mühlen.

vom 22. Januar 1894.
(Ohne Verbindlichkeit)

Roggen-Fabrikate:

Mehl 0	9	40	Kommißmehl	7	80
do. 0/1	8	60	Schrot	6	80
do. I	8	—	Kleie	4	60
do. II	5	60			

Gersten-Fabrikate:

Graupe Nr. 1	16	—	Grütze Nr. 2	11	—
do. = 2	14	50	do. = 3	10	50
do. = 3	13	50	Kochmehl	7	—
do. = 4	12	50	Futtermehl	5	20
do. = 5	12	—	Buchweizengrütze I	16	—
do. = 6	11	50	= = II	15	60
do. grobe	10	50	Maismehl	—	—
Grütze Nr. 1	12	—	Maisschrot	—	—

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar-Februar 1894.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
31. Nachm. 2	750,6	S schwach	wolkig	+ 4,0
31. Abends 9	748,8	SO schwach	bedeckt	+ 3,5
1. Morgs. 7	747,0	SSW mäßig	bedeckt ¹)	+ 2,5

¹) Nachts schwacher Regen.

Niederschlagshöhe in mm am 1. Febr. Morgens 7 Uhr: 0,1
Am 31. Jan. Wärme-Maximum + 4,5° Cels.
Am 31. = Wärme-Minimum — 1,2° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 31. Jan. Morgens 0,68 Meter
= = 31. = Mittags 0,70 =
= = 1. Febr. Morgens 0,70 =

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin**, 31. Jan. [**Zur Börse.**] Wien macht nach wie vor die größten Anstrengungen, um die Börsen in guter Stimmung zu erhalten und sie auf den Weg der Hausse zu drängen, sieht sich aber in seinen Bestrebungen von keiner Seite unterstützt, da weder die deutschen Plätze noch Paris und London Heeresfolge leisten wollen. Während man sich an der Donau bis vor wenigen Tagen in der Illusion gewiegt hatte, daß aus der französischen Rentenkonversion mehrere hundert Millionen frei werden und sich beeilen würden, den Kursen der österreichisch-ungarischen Werthe zu Hilfe zu kommen, richtet die dortige Spekulation, in dieser Hoffnung getäuscht, jetzt bereits sehnsüchtige Blicke auf die Nadelgelder der österreichischen Bankierfrauen, denen die Rolle zugedacht wird, den Kurs der österreichischen Kreditaktie zu stützen. Das französische Kapital zeigt bisher keine Neigung, sich in österreichischen Werthen zu engagiren und ungünstige Artikel französischer Blätter über die österreichisch-ungarischen Finanzen scheinen den Zweck zu haben, eine etwa aufkeimende Neigung zu unterdrücken. Diese Artikel waren es, die heute eine schwache Tendenz für österreichisch-ungarische Werthe hervorriefen. Die hiesige Börse fand aber in sich selbst weitere Gründe für eine matte Haltung. Der Abschluß der Nationalbank erhielt eine getheilte Beurtheilung insofern, als man zwar über die Steigerung der Provisionsgewinne befriedigt war, das Gesammtresultat aber als ein ungünstiges bezeichnete, da sich als Endergebniß eine Schmälerunng der Reserven und des Vortrags um 1 150 000 M. gegen das Vorjahr oder um 3,2 Proz. des Aktienkapitals ergiebt. Man ist übrigens allgemein der Ansicht, daß eine ähnliche Steigerung des Provisionsgewinnes bei den übrigen hiesigen Banken nicht eingetreten sein wird. Einen weiteren Anlaß zur Verstimmung boten die Abschlußziffern der Export- und Lagerhaus-Gesellschaft Nagel, die sich um rund 2 100 000 M. schlechter stellen, als in der fiüheren Aufstellung. Die unfreundliche Grundtendenz der Börse würde vielleicht in der Kursentwickelung deutlicher zum Ausdruck gekommen sein, wenn nicht die Leblosigkeit der Umsätze jede stärkere Schwankung verhindert hätte. Angeblich soll auch ein Hamburger Großspekulant, der seine Haussepositton in der beendeten Ultimoliquidation durch Verkauf gelöst hatte, diese nunmehr wieder herstellen und wurden hiermit die Käufe in Montanwerthen und die auf diesem Gebiete vorherrschende verhältnißmäßig feste Tendenz erklärt. (N. Z.)

Breslau, 31. Jan. (Schlußkurse.) Abgeschwächt.
Neue 3proz. Reichsanleihe 86,05 3½ proz. L.-Pfandbr. 98,25, Konsol. Türken 22,85, Türk. Loose 95,00, 4proz. ung. Goldrente 95,60, Bresl. Diskontobank 95,75, Breslauer Wechslerbank 94,30

Kreditaktien 219,10 Schles. Bankverein 1[illegible]2,25 Donnersmarckhütte 91,75 Flöther Maschinenbau — —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 126,00, Oberschles. Eisenbahn 60,00, Oberschles. Portland-Zement 89,75, Schles. Zement 138,50 Oppeln. Zement 105,90, Kramsta 129,00, Schles. Zinkaktien 177,00 Laurahütte 114,75, Verein. Oelfabr. 83,50 Oesterreich. Banknoten 163,10, Russ. Banknoten 221,50, Giesel Zement 90,00. 4proz. Ungarische Kronenanleihe 90,70. Breslauer elektrische Straßenbahn 122,25

London, 31. Jan. (Schlußkurse.) Ruhig.

Engl. 2¾ proz. Consols 98 13/16, Preußische 4proz. Consols —, Italien. 5proz. Rente 73⅝, Lombarden 9⅜, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 100, konv. Türken 22 13/16, österr. Silberr. —,—. österr. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 93½, 4prozent. Spanier 62⅝, 3½proz. Egypter 98¼, 4proz. unific. Egypter 101⅝ 4½ proz. Tribut-Anl. 101¾, 6proz. Mexikaner 65¼, Ottomanbank 13⅞ Canada Pacific 73½, De Beers neue 14⅜, Rio Tinto 14⅜, 4proz. Rupees 61¼, 6proz. fund. arg. A. 69½, 5proz. arg. Goldanleihe 63¼, 4½proz. äuß. do. 40, 3proz. Reichsanleihe —, Griech. 81er Anleihe 31⅜, do. 87er Monopol-Anleihe 34⅜, 4proz. Griechen 1889er 26, Bras. 89er Anl. 59¼, Platzdiskont 2¼, Silber 30 13/16.

Paris, 31. Jan. (Schlußkurse.) Matt.

3proz. amortis. Rente —,—, 3proz. Rente 96,77½, Italien. 5proz. Rente 73,95, 4proz. ungar. Goldrente 94,12½, III. Orient-Anleihe 68,10, 4proz. Russen 1889 99,40, 4prozent unif. Egypter 102,75, 4proz. span. ä. Anleihe 62⅝, konv. Türken 23,07½, Türken-Loose 100,60 4prozent. Türk. Prioritäts-Obligationen 1890 470,00, Franzosen 640,00, Lombarden 242,50, Banque Ottomane 600,00, Banque de Paris 617,00, Banq. d'Escompte 30,00, Rio Tinto-A. 359,30, Suezkanal-A. 2690,00, Cred. Lyonn. 775,00, B. de France —,—, Tab. Ottom 412,00, Wechsel a. dt. Pl. 122 5/16, Londoner Wechsel k. 25,17½, Chéq. a. London 25,19½, Wechsel Amsterdam k. 206,56, do. Wien k. 198,25, do. Madrid k. 403,00, Meridional-A. —,—, Wechs. a. Italien 12⅞, Robinson-A. —,—, Portugiesen 19,81, Portug. Tabaks-Obligat. 332,00, 3proz. Russen 83,70, Privatdiskont —.

Frankfurt a. M., 31. Jan. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.] Oesterreich. Kreditaktien 287⅞, Franzosen —,—, Lombarden 90⅞, Ungar. Goldrente —,—, Gotthardbahn 149,10 Diskonto-Kommandit 172,40 Dresdner Bank 131,00, Berliner Handelsgesellschaft 128,00, Bochumer Gußstahl 124,10, Dortmunder Union St.-Pr 54,10, Gelsenkirchen 142,20, Harpener Bergwerk 133,50, Hibernia —,—, Laurahütte 114,50, 3proz. Portugiesen —,—. Italienische Mittelmeerbahn —,—, Schweizer Centralbahn 113,50, Schweizer Nordostbahn 103,00, Schweizer Union 75,10, Italienische Meridionaux 104,60, Schweizer Simplonbahn 53,60, Nordd. Lloyd —,—, Mexikaner 64,50 Italiener 74,80. Matt.

Hamburg, 31. Jan. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 289,00, Lombarden —,—, Diskonto-Kommandit 173,00, Russische Noten 220,25, Nordd. Bank 124,50, Italiener 75,10, Deutsche Bank 152,75, Laurahütte —,—, Packetfahrt —,—, Dresdner Bank 131,75. Ziemlich fest.

Petersburg, 31. Jan. Wechsel auf London 92,80, Wechsel auf Berlin —,—, Wechsel auf Amsterdam —, Wechsel auf Paris 36,82½, Russ. II. Orientanleihe 101⅜, do. III. Orientanleihe 102 do. Bank für auswärt. Handel 342, Petersburger Diskonto-Bank 469½, Warschauer Diskonto-Bank —, Petersb. internat. Bank 493½, Russ. 4½proz. Bodenkreditpfandbriefe 152, Gr. Russ. Eisenbahnen 270⅞, Russ. Südwestbahn-Aktien 113¼. Heiter.

Buenos Ayres, 30. Jan. Goldagio 246,00.

Rio de Janeiro, 20. Jan. Wechsel auf London 9⅞.

Bremen, 31. Jan. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Ruhig. Loko 4,85 Br.

Baumwolle. Matt. Upland middl. loko 40¼ Pf., Upland, Termine nicht mehr gehandelt.

Wolle. Umsatz: 153 Ballen.

Speck. Ruhig. Short clear middl. loco 37½, Januar-Febr.-Abladung 37½.

Schmalz. Matt. Loko Wilcox 42 Pfg., Armour sheild 41½ Pf., Cudahy 42½ Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 35½ Pf.

Tabak. Umsatz: 124 Faß Kentucky.

Hamburg, 31. Jan. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Jan. 12,62½, p. März 12,95, per Mai 12,77½, per Sept. 12,77½. Ruhig.

Hamburg, 31. Jan. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Jan. —, per März 82¼, per Mai 80¼, per Sept. 77¼. Ruhig.

Paris, 31. Jan. (Schluß.) Rohzucker beh., 88 Proz. loko 34,75 a 35,00. — Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Jan. 38,00. p. Febr. 38,12½, per März-Juni 38,37½, per Mai-August 38,62½.

Paris, 31. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen träge per Januar 21,20, per Februar 21,30, per März-April 21,50, per März-Juni 21,70. — Roggen ruhig, p. Jan. 14,60, per März-Juni 14,90. Mehl träge, per Januar 44,10, per Februar 44,40, per März-April 44,80, per März-Juni 45,20. Rüböl ruhig, per Januar 57,00, per Februar 57,00, per März-April 57,00, per März-Juni 57,00. — Spiritus fest, per Jan. 35,00, per Febr. 35,25, per März-April 35,75, p. Mai-August 36,50 — Wetter: Regnerisch.

Havre, 31. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Hausse.

Rio 23 000 Sack, Santos 4000 Sack Rezettes für 2 Tage.

Havre, 31. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 103,25, per Mai 101,50. p. Sept. 97,25. Behauptet.

Amsterdam, 31. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unv., per März 150, per Mai 152. — Roggen loko geschäftsl. do. auf Termine fest, per März 111, p. Mai —.— Rüböl loko 25, per Mai 23½, p. Herbst 23½.

Amsterdam, 31. Jan. Java-Kaffee good ordinary 52¾.

Amsterdam, 31. Jan. Bancazinn 44½.

Antwerpen, 30. Januar. Getreidemarkt. Weizen ruhig, Roggen ruhig. Hafer flau. Gerste ruhig.

Antwerpen, 31. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez. und Br., per Jan. 12⅛ Br., per Febr. 12¼ Br., per Sept.-Dez. 12⅝ Br. Fest.

London, 31. Jan. Chili-Kupfer 41⅜, p. 3 Monat 41⅞.

London, 31. Jan. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. Wetter: Regen.

Glasgow, 31. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 6½ d.

Leith, 31. Januar. [Getreidemarkt.] Markt fortgesetzt gedrückt, mitunter kleines Geschäft.

Liverpool, 31. Jan., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen. Ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 4 3/16 Käufer-Verkäuferpreis, Febr.-März 4 3/16 do, März-April 4 13/64 Käuferpreis, April-Mai 4 15/64, Mai-Juni 4 17/64 Verkäuferpreis, Juni-Juli 4 9/32 Käuferpreis, Juli-August 4 5/16 do., August-Sept. 4 12/64.

Newyork, 30. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New York 8 1/16, do. in New-Orleans 7 7/16. Petroleum ruhig, do in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per Jan. 80. Schmalz Western steam 8,00, do. Rohe u. Brothers 8,25. Mais p. Jan. 43¼, do. p. Febr. 43¼, do p. Mai 44¾. Rother Winterweizen 67 7/4, do. Weizen p. Januar 65⅞, do. Weizen p. Febr. 65⅞, do. Weizen per März 67, do. Weizen p. Mai 69. — Getreidefracht nach Liverpool 3 — Kaffee fair Rio Nr. 7 17⅝, do. Rio Nr. 7 p. Februar 6,32, do. Rio Nr. 7 p. April 15,82. — Mehl Spring clears 2,10. — Zucker 2 11/16. — Kupfer loko 10,00.

Chicago, 30. Jan. Weizen per Jan. 59½, per Mai 63⅞. — Mais per Jan. 35⅛. — Speck short clear nom. Pork per Jan. 12,80.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 1. Febr. Wetter: Regnerisch.

Hamburg, 31. Jan. Salpeter loko 8,77½, Februar-März 8,85. Ruhig.

Newyork, 31. Jan. Weizen per Jan. 65⅝ C., per Febr. 66¾ C.

Berliner Produktenmarkt vom 31. Januar.

Wind: S., früh — 0 Gr. Reaum., 755 Mm. — Wetter: Bedeckt.

An gestriger Nachbörse hatte sich noch speziell, was **Roggen** anlangt, in Folge von Käufen seitens der Platzspekulation eine ansehnliche Wiederaufwärtsbewegung der Preise vollzogen, der aber heute im Beginn der in Amerika schon wieder eingetretene Rückschlag soweit entgegen wirkte, daß die ersten Kurse nur noch wenig Besserung gegen gestrige Schlußnotirungen zeigten. Die Fortsetzung der spekulativen Käufe hat dann aber später von Neuem Haussetendenz zur Geltung gebracht und schließlich ist gegen gestern ein Fortschritt von 1 M. zu konstatiren.

Weizen setzte sogar etwas niedriger ein, folgte im weiteren Verlauf aber doch der Bewegung der Roggenpreise und notirt zum Schluß bis zu 0,75 M. höher; und derselbe Tendenzwechsel zeigte sich auch im Handel mit **Hafer**, wenn auch nur bei ganz geringen Preisschwankungen und kaum nennenswerthem Umsatz.

Roggenmehl ließ sich etwas besser verkaufen; dagegen blieb **Rüböl** flau, und auch **Spiritus** war heute etwas stärker angeboten, sodaß die Preise um 10 bis 20 Pf. nachgegeben haben.

Weizen loco 135—147 Mark nach Qualität gefordert, Januar 142 M. bez., Mai 145,50—146,50 M. bez., Juni 146,50 bis 147,50 M. bez., Juli 147,50—148,50 M. bez.

Roggen loco 120—127 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 124—125 Mark ab Bahn bez., Januar 125 M. bez., Mai 128,50—129,25 M. bez., Juni 129—129,75 M. bez., Juli 130—130,50 M. bez.

Mais loko 112—121 M. nach Qualität gef., Jan. 112 M. nom., Mai 107,50—107,75 M. bez., Juni 107,75 M. nom., August 108,25 M. bez., September 109,25 M. bez.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 135—177 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 140—160 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 141—160 M., do. schlesischer 141—160 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 162—172 M. ab Bahn bez., Mai 140—140,50 M. bez., Juni 138 M. bez.

Erbsen Kochwaare 160—195 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 139—153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 215—230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,00—17,75 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,00 bis 15,25 M. bez., Februar 16,10 M. bez., Mai 16,70 M. bez., Juni 16,85 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 45,2 M. bez., Januar 45,8 M. bez., April-Mai 46,1—45,9 M. bez., Mai 46,1 M. bez., Oktober 46,9 M. bez.

Petroleum loko 19,80 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 51,6 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,0 M. bez., Januar 36,0 M. bez., April 37—36,8 bis 36,9 M. bez., Mai 37,3—37,1—37,2 M. bez., Juni 37,7 bis 37,5 bis 37,6 M. bez., Juli 38,1—37,9—38 M. bez., August 38,4—38,3—38,4 M. bez., September 38,7—38,6 M. bez.

Kartoffelmehl Januar 15,00 M. Br.

Kartoffelstärke, trockene, Jan. 15,00 M. Br. (N. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto Wechselv. 31. Jan.

Amsterdam..	5	8 T.	169,25 G.
London	3	8 T.	20,44 bz
Paris	2½	8 T.	81,20 bz
Wien	5	8 T.	162,70 bz
Petersburg..	5½	3W.	218,25 bz
Warschau	5	8 T.	219,10 bz

In Berl. 4. Lomb. 4½ u. 5. Privatd. 2bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,36 G.
20 Francs-Stück	16,19 bz
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,43 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,25 G.
Oestr. Noten 100 fl.	162,85 bz
Russ. Noten 100 R.	221,00 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,50 G.
do. do.	3½	101,00 bzG.
do. do.	3	86,10 bz
Prss.cons.Anl.	4	107,40 G.
do. do.	3½	101,10 bzG.
do. do.	3	86,20 B.
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,50 B.
Sts.-Schld-Sch	3½	100,00 G.
Berl.Stadt-Obl	3½	98,30 bz
do. do. neue	3½	98,50 bz
PosenerProv.-Anl.-Scheine ..	3½	96,00 B.
Pfandbriefe: Berliner	5	115,00 G.
do.	4½	108,00 G.
do.	4	104,80 G.
do.	3½	99,10 bz
Ctrl.Ldsch	4	
do. do.	3½	98,20 bz
Kur.uNeu-mrk. neue	3½	99,40 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,90 bz
Pommer ..	3½	98,30 bz
do.	4	
Posensch.	4	102,40 bzG.
do.	3½	97,75 bz
Schls. altl.	3½	
do. do.	4	
ldschl Lt.A	3½	98,40 bzB.
do.	4	
do.neu do.	3½	98,40 bz
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	97,20 G.
do.neu I.II.	3½	97,20 G.
Renten: Pommer..	4	103,70 bz
Posensch.	4	103,30 bz
Preuss.	4	103,50 B.
Schles.	4	103,40 G.
Bad.Eisenb.-A.	4	104,50 G.
Bayer. Anleihe	4	107,20 G.
Brem. A. 1892	3½	97,20 bzG.
Hmb.Sts.Rent.	3½	99,90 bzG.
do. do. 1886	3	85,90 B.
do.amort.Anl.	3½	97,30 G.
Sächs. Sts.Anl.	3½	100,10 G.
do. Staats-Rnt.	3	86,40 G.
Prss.Präm-Anl	3½	120,25 G.
H.Pr.-Sch.40T	—	
Bd. Präm.-Anl.	4	135,10 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,00 G.

Brnsch.20T.L.	—	104,70 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	134,25 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50T.-L.	3	134,25 bzG.
Lüb. 50T.-L.	3½	126,50 bz
Mein. 7Guld-L.	—	26,60 B.
Oldenb. Loose	3	128,80 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	46,60 bzG.
do. 1888	4½	40,60 bzG.
Bukar.Stadt-A.	5	94,90 G.
Buen.Air.Obl.	5	31,25 bzG.
Chines. Anl.	5½	103,90 G.
Dän.Sts.-A.86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	59,50 B.
Griech. Gold-A	5	31,50 bzG.
do. cons. Gold	4	25,30 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	29,00 bzG.
Italien. Rente..	5	75,40 bz
Kopenh. St.-A.	3½	93,80 B.
Lissab. St.A.I.II	4	51,90 bzG.
Mexikan. Anl.	6	65,80 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,40 bzG.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv.A.88.	3	87,90 bzG.
Oest. G.-Rent.	4	97,60 bz
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. do.	4⅕	93,80 G.
do. Silb.-Rent.	4⅕	93,50 B.
do. 250 Fl. 54.	4	145,50 bz
do. Kr100(58)	—	322,00 B.
do. 1860er L.	5	145,25 bz
do. 1864er L.	—	326,00 B.
Poln.Pf-Br. I-V	5	67,70 bz
do. do.	4½	
do. Liq.-Pf.-Br	4	65,50 bz
Port.A 88—89	—	28,30 bzG.
Raab-Gr.Pr.-A.	4	101,70 B.
Röm. Stadt-A.	4	78,25 bzG.
do. II. III. VI.	4	69,60 bzG.
Rum. Staats-A.	4	82,80 bzG.
do. Rente 90	4	83,50 bzG.
do. do. fund.	5	102,40 bz
do. do. amort.	5	95,00 bzG.
Rss.Eng.A. 1822 (1 Pfd. St. gl. 20 M.)	5	126,80 G.
do. 1859	3	
do. 1880	4	99,50 bzG.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,00 bz
III. Orient 1879	5	69,10 G.
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O.	4	
Pr.-Anl. 1864..	5	
do. 1866..	5	
Bodkr.-Pfdbr.	5	110,00 bzB.
do. neue..	4½	103,90 bzG.
Schwedische ..	3½	96,60 bz
Schw. d. 1890	3½	96,60 G.
do. 1883	4	100,80 bzG.
Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,30 bz
Serb. Gld-Pfdb.	5	
do. Rente	5	67,70 bzG.
do. neue 85	5	67,25 bzG.
Stockh.Pf. 85..	4½	
do. St.-Anl.86	4	99,90 bz
Span. Schuld..	4	63,00 G.
Türk A. 1865 in Pfd.Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	24,25 bzG.
do. Consol.90	4	94,90 G.
do. Zoll-Oblig	5	
Trk.400Frc.-L	—	95,20 bz
do.EgTrib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	95,40 bzB.
do. Gld.-Inv.-A.	4½	101,70 bzG.
do. do. do.		
do.Papier-Rnt.		
do. Loose	—	252,40 bz
do.Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,75 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr..	—	60,25 bzG.
Altenbg.-Zeitz	—	190,50 bz
Crefelder	1¼	71,25 B.
Crefld-Uerdng	—	86,00 G.
Dortm.-Ensch.	—	111,00 bz
Eutin. Lübeck..	—	41,60 bz
Frnkf.-Güterb.	—	62,25 B.
Ludwsh.-Bexb.	9¼	223,75 bz
Lübeck-Büch.	—	137,25 bz
Mainz-Ludwsh	—	113,00 bz
Marnb.-Mlawk.	—	75,60 bzG.
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,90 bzG.
Ostpr. Südb.	—	75,70 bz
Saalbahn	—	24,80 bzG.
Stargrd-Posen	4½	
Weimar-Gera..	—	14,75 B.
Werrabahn	—	50,10 bzG.
Albrechtsbahn	2	
Aussig-Teplitz	—	
Böhm. Nordb.	—	149,60 G.
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	
Canada Pacifb.	5	71,70 bz
Dux-Bodenb	—	112,00 bzG.
Galiz. Karl-L.	5	104,30 bzG.
Graz-Köflsch	—	
Kaschau-Od	4	
Kronpr. Rud	4¾	
Lemberg-Cz	7	
Oester Staatsb	—	129,60 bz
do. Lokalb.	—	101,50 G.
do. Nordw.	4½	
do.Lit.B.Elb.	—	
Raab-Oedenb.	—	30,00 bzG.
Reichenb.-P	—	
Südöstr.(Lb.)	—	49,25 bz
Tamin-Land	0	1,60 bz
Ungar.-Galiz	5	
Balt.Eisenb.	3	66,90 bz
Donetzbahn	5	113,75 bz
Ivang. Domb.	5	109,75 bz
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest	—	
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	77,10 bz
Wrsch.-Teres.	5	108,75 bz
Wrsch.-Wien..	—	231,25 bzG.
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	—	101,40 bz
Gotthardbahn	—	
Ital. Mittelm.	5	177,75 bz
Ital.Merid.-Bah	7⅕	105,50 bz
Lüttich-Lmb. ..	—	33,50 bzG.
Lux. Pr. Henri	—	62,25 bzG.
Schweiz.Centr	—	117,60 bz
do. Nordost	—	106,90 bz
do. Unionb..	—	
do. Westb.		
Westsicilian	3⅗	47,10 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm.Colberg	4⅘	112,00 bz
Bresl.-Warsch	1 3/20	58,80 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	
Dux-BodnbAB	—	
Paul.-Neu-Rup	5½	111,50 bz
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	4½	115,10 bz
Marienb Mlawk	—	111,00 G.
Mecklb. Südb..	—	54,75 G.
Ostpr. Südb.	—	106,50 bzG.
Saalbahn	—	92,00 bz
Weimar-Gera	—	85,00 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Bresl-War-schauer Bahn..	5	104,75 bz
Gr Berl.Pferde Eisenbahn	4	102,50 bzG.
Oberschl.	3½	99,20 G.
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	101,90 G.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr	4	
do. 1891	4	100,75 bz
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	93,00 B.
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	98,10 G.
KronpRudolfb.	4	93,20 B.
do.Salzkammg	4	101,20 G.
LmbCzern.stfr	4	92,40 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest.Stb.alt.g.	3	86,10 bzG.
do. Staats-I.II.	5	108,00 bzG.
do. Gold-Prio.	4	101,30 bz
do. Lokalbahn	4	100,00 G.
do.Nordwestb.	5	103,90 G.
do. NdwB.G-Pr	5	107,30 G.
do. Lt. B.Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,80 G.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B.(Lb.)	3	60,70 B.
do. Obligation.	5	104,60 bz
do.Gold-Prior.	4	97,40 G.
Baltische gar.	5	101,60 G.
Brest-Grajewo	5	101,50 bz
Gr. Russ. Eis. gar	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	103,00 G.
Kozlow-Wor. g.	4	95,00 bzG.
do. 1889	4	95,40 bz
do. Chark.As.(O)	4	95,40 bz
do.(Oblig.)1889	4	96,50 bzG.
Kursk-Kiew conv	4	95,60 bzG.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	
do. Rjäsan gar.	4	96,25 bz
do. Smolenskg.	5	103,40 bz
Orel-Griasy conv	4	94,40 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	94,90 bzG.
Rjaschk-Morcz.g	5	103,25 bz
Rybinsk-Bolog. ..	5	96,75 G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	98,75 G.
Transkaukas. g.	3	82,90 bz
Warsch.-Ter. g.	5	103,80 bz
Warsch.-Wienn.	4	101,25 bz
Wladikawk. O. g.	4	98,70 G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	88,40 B.
Gotthardbahnov.	4	102,80 bzG.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	48,50 bzG.
Süd-Ital. Bahn	3	52,00 bzB.
Serb. Hyp.-Obl.	5	61,20 bzG.
do. Lit. B.	5	62,50 G.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb. ..	4	
Manitoba	4½	96,40 bzG.
Northern Pacific	6	108,60 G.
San Louis-Franc.	6	90,00 G.
Southern Pacific	6	105,30 bz

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche.Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,00 G.
do. do. II.	3½	107,70 B.
do. do. III. abg.	3½	99,10 G.
do. do. IV. abg.	3½	99,10 G.
do. do. V. abg.	3½	95,00 G.
do. Hp.B.Pf.IV.-V.VI.	5	111,90 G.
do. do.	4	102,30 bzG.
do. do.	3½	
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do.(unkünd. bar bis 1./1.1900)	4	102,50 bz
do. do (rz 100)	3½	93,80 bz
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	101,10 G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	128,25 G.
Pomm. Hypoth.-Akt.		
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P.B.-Cr.unkb(rz110)	5	113,00 G.
do.Sr. III.V.VI(rz100)	5	107,00 bz
do. do. (rz.115)	4½	115,60 G.
do. do. X (rz.110)	4½	112,25 G.
do. do. (rz.100)	4	100,90 bz
Pr.Cent.-Pf.(rz.100)	4	
do. do. (rz.100)	3½	95,80 bzG.
do.do. kündb. 1900	4	103,00 bzG.
Pr.Centr.-Pf. Com-O	3½	95,50 bzG.
Pr.Hyp.-B. I.(rz.120)	4½	114,90 G.
do. do. VI. (rz.110)	5	
do. div. Ser.(rz.100)	4	101,00 bzG.
do. do. (rz.100)	3½	95,00 bz
Prs.Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,75 bz
do. do. do.	3½	95,75 bz
Schles.B.Cr.(rz.100)	5	
do. do.(rz.100)	4½	
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do.(rz.110)	4½	105,70 G.
do. do. (rz.110)	4	102,50 G.
do. do. (rz.100)	4	101,50 bzG.

Bankpapiere.

B.f.Sprit-Prod.H	3	70,50 bz
Berl. Cassenver.	4½	127,60 G.
do. Handelsges.	6	132,40 bz
do. Maklerver. ..	8½	116,50 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	6½	131,60 G.
Bresl. Disc.-Bk.	5	96,00 bzG.
do. Wechslerbk.	4½	94,20 bz
Danz. Privatbank	7⅛	
Darmstädter Bk.	5¼	131,00 bz
do. do. Zettel	3,70	
Deutsche Bank..	8	157,30 bz
do. Genossensch	4⅚	111,50 B.
do.Hp.Bk.60pCt	7	118,10 bzG.
Disc.-Command.	6	176,50 bzG.
Dresdener Bank	7	135,20 bz
Gothaer Grund-creditbank	3½	87,50 bz
Internat. Bank		
Königsb. Ver.-Bk	5	96,60 G.
Leipziger Credit	8½	174,50 G.
Magdeb. Priv.-Bk	5	110,50 G.
Maklerbank	5	107,50 G.
Mecklenb. Hyp.u. Wechs.	8	134,30 G.
Meininger Hyp.-Bank 70pCt.	6	109,40 G.
Mitteld.Crdt.-Bk.	4½	96,00 bzG.
Nationalbk. f. D.	5	106,75 bz
Nordd. Grd.-Crd.	1	96,50 bzG.
Oester.Credit-A.	9 1/16	
Petersb.Disc.-Bk	6	
do. Intern.Bk.	10	
Pomm.Vorz.-Akt	6	114,25 bzG.
Posen. Prov.-Bk.	4½	104,25 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	126,50 bzB.
do. Cnt-Bd60pCt	9½	158,10 bz
do.Hyp.-Akt.-Bk.	—	123,00 bzG.
do.Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	103,60 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	
do. Leihhaus	—	97,00 G.
Reichsbank	6,38	151,25 bz
Russische Bank..	—	93,50 G.
Schles. Bankver.	—	112,25 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	8¼	137,10 bz
Anglo. Ct. Guano	11¾	
Bauges. Berl.-Charl.	7,8	780,00 bzG.
City St.-Pr.		
Dtsche. Bau	—	76,00 G.
Hann.-St.P.	—	68,00 bzB.
Bauges. Humb.	—	125,25 G.
Moabit	—	133,50 G.
Passage	—	66,00 bzG.
U. d. Linden..	—	
Berl. Elekt.-W. ..	8½	157,00 G.
Berl. Lagerhof	—	82,00 bzG.
do. do.St.-Pr.	—	115,00 G.
Ahrens Br., Mbt.	0	44,00 G.
Berl. Bock-Br.	0	53,00 bzG.
Schultheiss-Br. ..	15	229,25 bzG.
Bresl. Oelw.	4½	84,00 G.
do. Sprit-A.-G.	7	105,75 B.
Deutsche Asph.	—	79,75 G.
Dynamit Trust. ..	10	131,25 G.
Erdmannsd. Sp.	—	92,50 bzG.
Fraust. Zucker	7	111,00 B.
Glauz. Zucker	3⅔	110,50 B.
Gummi HarWien	25	284,25 G.
do. Schwanitz	—	180,00 bzG.
do. Voigt Winde	—	
do. Volpl. Schldt.	—	91,75 G.
Hemmoor Cem.	—	103,75 G.
Köhlm. Strk.	14	224,00 B.
Körbisdf. Zucker	2½	105,00 B.
Löwe & Co.	—	253,00 bzG.
Bresl. Linke	—	150,00 bzG.
do. Hofmann..	—	131,00 bzG.
Germ. Vrz.-Akt.	4½	68,75 bzB.
Görlitz Körn.	7	124,50 bzG.
Görl. Lüdr.	9	137,00 bzG.
Grusonwerk		
H. Paucksch	3	59,00 G.
Schwarzkopff	15	222,80 bz
Stettin-Vulk.-B. ..	—	103,75 B.
Sudenburg	—	160,30 G.
O.-Schl. Cham.	—	56,50 bzG.
do. Portl.-Cem.	—	89,75 G.
Oppeln. Cem.-F.	4½	106,50 G.
do. (Giesel)..	—	89,50 B.
Gr.Berl.Pferdeb.	—	244,50 bzG.
Hamb. Pferdeb.	4	97,00 G.
Potsd.ov.Pferdb.	—	89,25 G.
Posen. Sprit-F.	5	
Rositzer Zucker	—	70,50 bzG.
Schles. Cement..	—	139,25 G.
Stett. Bred. Cem.	—	83,00 bzG.
do. Chamott.	—	195,00 bzG.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	
Berzelius	—	117,10 bzG.
Bismarkhütte	8	159,50 bzG.
Boch. Gusst.-F.	3½	124,40 bz
Donnersmarck.	—	90,10 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	27,25 G.
Gelsenkirchen	9	146,60 bz
Hibernia	5½	119,20 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	0	25,60 bzG.
Inowracl. Salz	1	42,75 bzG.
König u. Laura..	3	115,00 bzB.
Lauchham. cv.	4½	94,00 bzG.
Louis. Tief.St.-P.	4	101,00 B.
Oberschl. Bed.	½	59,75 bzG.
do. Eisen-Ind.	4½	98,75 bzG.
Redenh. St.-Pr.	0	6,75 G.
Riebeck. Mont. ..	11	160,00 bzG.
Schles. Kohlw. ..	0	22,50 B.
do. Zinkhütte	15	177,50 G.
do. do. St.-Pr.	15	177,10 bzG.
Stolb. Zink-H.	1	33,50 G.
do. St.-Pr.	6	100,00 G.
Tarnowitz ov.	3½	46,10 bzG.
do. do. St.-Pr.	0	18,00 bzG.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.